

Ohne die „Alten“ gäbe es die Partei DIE LINKE nicht

Der Blick auf das gegenwärtige politische Thüringen hinterlässt zur Zeit einige Irritationen, denn zum einen muss man Rot-Rot-Grün von ganzem Herzen zustimmen, zum anderen besteht die Gefahr, dass DIE LINKE für diese Koalition einen gefährlich hohen Preis bezahlen muss.

25 Jahre nach dem Sonderparteitag der SED/PDS haben die Thüringer zur Landtagswahl im grünen Herzen Deutschlands mit fast 30% DIE LINKE gewählt. Dieses Ergebnis erfüllt viele mit Genugtuung, wenn man bedenkt, wie unsere Mitglieder, Sympathisanten und Wähler seit Ende des ersten Sozialismusversuches einer beispiellosen antikommunistischen Hetze, Lügen und auch Bedrohungen ausgesetzt waren und sind.

Rückblickend kann man sagen, die unvermeidlich notwendige, schmerzliche politische Arbeit zur inhaltlichen Erneuerung unserer Partei ist nicht ohne Erfolge geblieben. Sie wurde hauptsächlich von Genossinnen und Genossen bewältigt, die in schwierigsten Zeiten ihre sozialistischen Ideale nicht geleugnet, die Ärmel aufgekrempelet und standhaft sowie aufrichtig für eine gerechtere antikapitalistische Gesellschaft, als Gegenstück zum Kapitalismus, weiter gekämpft haben.

Vor 25 Jahren ging es in Berlin um die Übernahme von Verantwortung und Aufrichtigkeit, und deshalb haben wir Delegierte uns gegen die Auflösung der Partei gewandt und uns beim Volk der DDR für unsere Fehler entschuldigt. Dafür hat die Mehrheit der Delegierten des Sonderparteitages gestritten und abgestimmt. Ohne uns, den Mitgliedern der SED, gäbe es heute keine Partei DIE LINKE und deshalb bleibt es völlig unverständlich, wenn heutzutage Genossen öffentlich frohlocken, dass Parteigremien frei von ehemaligen Mitgliedern der SED sind.

Natürlich werden wir „Alten“ weniger und es muss Erben für den politischen Nachlass geben. Bekanntlich kann man aber nur ein Erbe insgesamt antreten oder gar nicht. Den politischen Nachlass seines sozialistischen Charakters zu berauben, hat nichts mit Erben zu tun, sondern allenfalls etwas mit Leichenfledderei.

Der Generationswechsel bei uns zeigt z. B., dass

1. zunehmend Genossinnen und Genossen aus dem „Osten“

Verantwortung übernehmen, die im kapitalistischen Gesellschaftssystem aufgewachsen und sozialisiert wurden. Hier haben sie Schule, Lehre und manchmal eine universitäre Bildung sowie Prägung erfahren.

Sie haben sich hier und heute eingerichtet und sind angekommen. Das kapitalistische System wird immer weniger infrage gestellt.

2. ein anderer Teil, in der alten BRD groß geworden, kämpft für soziale Veränderungen, stellt aber auch die angeblich gottgewollte Ordnung als solche nicht infrage. Ihre Kenntnisse über unser Leben in der DDR sind z. T. von wenig Sachkenntnis geprägt und die DDR ist ihnen „suspekt“.

Beiden ist leider das Streben nach Macht, Einfluss und Meinungshoheit in der Partei sowie Gesellschaft, um welchen Preis auch immer, nachzusagen. Sie stellen unsere Grundüberzeugungen „Frieden schaffen, ohne Waffen“ infrage und nunmehr setzen sie die Singularität der faschistischen Verbrechen mit Strukturen der DDR gleich – undialektischer geht's nimmer! Dies ist ein ungeheuerlicher Vorgang, der einem fast die Sprache verschlägt.

Keine andere Partei in diesem Land hat sich mit ihrer Vergangenheit so beschäftigt, wie DIE LINKE. Dabei ist manch ein Vertreter über vom politischen Gegner hingehaltenes Stöckchen gesprungen, obwohl es nicht nötig war. Und diese politischen Gegner haben mit Sicherheit noch viele solche Stöckchen vorrätig. Das Ziel ist jedoch nicht, mit der LINKEN auf Augenhöhe zu streiten, sondern Ziel ist es, die LINKE am Boden zu sehen, sie aus dem Demokratiegefüge dieses Landes zu entfernen.

Der Koalitionsvertrag und vor allem die Begründungen der verantwortlichen linken Politiker bereiten vielen größtes Unbehagen, denn es bleiben viele Fragen hinsichtlich der Realisierbarkeit sowie Glaubwürdigkeit linker Politikangebote und Wahlversprechungen.

Mit Bezug auf unser Parteiprogramm bleiben Fragen, so z.B. nach der fehlenden Abschaffung des Verfassungsschutzes, dem Ausschluss der Aufnahme neuer Kredite zur Finanzierung der Wahlversprechungen (Schuldenbremse) und, und, und...

Völlig unakzeptabel sind auch die vulgären Auslassungen des linken Ministerpräsidenten in spe, Bodo Ramelow, die spiegel-online am 16. November 2014 wie folgt zitiert:

"Auf gut Deutsch gesagt: Jedes kleine oder größere Arschloch im DDR-Apparat konnte in das Leben der anderen eingreifen. Das war entsetzlich."

Das ist keine sachliche Auseinandersetzung. Da greift einer in die dunkelsten Niederungen biermannscher Rhetorik.

Freilich ist der Koalition von Rot-Rot-Grün in Thüringen Glück zu wünschen. Für die Basis bleibt aber die Aufgabe darüber zu wachen, dass nicht um des Regierens Willen im Erfurter Programm festgeschriebene sozialistische Positionen schleichend aufgehoben werden.

Raimon Brete